Fortschritt in einem Zeitalter der Angst?

TONY JUDT:
Ill Fares the Land: A Treatise on Our Present Discontents
London 2010
Allen Lane, 237 S.

Mit seinem letzten Buch »Ill Fares the Land« hat der große britische Historiker Tony Judt noch kurz vor seinem Tod im August dieses Jahres einen unschätzbaren Beitrag zur Debatte um die Zukunft von Sozialdemokratie und progressiver Politik geleistet. Wer sich für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der sozialen Demokratie interessiert, für den ist »Ill Fares the Land« eine Pflichtlektüre – genauso übrigens wie Richard Wilkinsons und Kate Picketts ebenso wichtiges Buch »Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind«, auf welches sich Tony Judt ausgiebig bezieht.

Auch einer »Pflichtlektüre« muss man natürlich nicht rundum beipflichten. Doch egal, ob man Judts Argumenten folgt oder nicht: Auf jeden Fall zwingt »Ill Fares the Land« Sozialdemokraten, ihre gängigen Argumente neu zu durchdenken: Kann und soll sich Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert weiterhin als Partei des Fortschritts begreifen? Welche Richtung sollte dieser Fortschritt heute einschlagen? Oder könnte es sein, dass »Fortschritt« heute eher das Problem und nicht die Lösung darstellt? Das sind die provokativen Fragen, die Judt aufwirft.

Klar ist, dass der Glaube an die Notwendigkeit und prinzipielle Möglichkeit von Fortschritt für die Sozialdemokratie stets konstitutiv war. Demgegenüber glaubten Konservative an die Existenz einer »natürlichen Ordnung der Dinge«, die nicht radikal verändert werden dürfe. Der Konservatismus, begriffsgetreu verstanden, war eine fundamental pessimistische Weltanschauung. Das änderte sich vor drei Jahrzehnten mit dem Heraufziehen der neokonservativen und neoliberalen Hegemonie. Zu Recht hebt Judt die historische Dimension dieses Gezeitenwechsels hervor: »Es ist die politische *Rechte*, die den ehrgeizigen modernen Drang geerbt hat, im Namen eines universellen Projekts zu zerstören und zu erneuern.«

Diese Beobachtung mag unter Sozialdemokraten unstrittig sein. Diskussionen sollte hingegen der Schluss auslösen, den Judt hieraus mit Blick auf die

Aufgabe der Sozialdemokratie zieht: »Wenn die Sozialdemokratie eine Zukunft hat, dann als Sozialdemokratie der Angst. (…) Die erste Aufgabe radikaler Dissidenten besteht heute darin, ihr Publikum an die Errungenschaften des 20. Jahrhunderts zu erinnern – und über die wahrscheinlichen Folgen des leichtfertigen Eifers zu reden, mit dem wir diese Errungenschaften zerstören. Die politische Linke hat, um es ganz deutlich zu sagen, etwas zu bewahren.«

Tony Judts wirklich denkwürdige Pointe lautet also, dass es im 21. Jahrhundert die Sozialdemokratie sei, die zur Partei eines echten, also »konservativen Konservatismus« werden müsse: »Wir halten die Institutionen, die Gesetzgebung, die Dienstleistungen und die Rechte, die wir aus der großen Reformära des 20. Jahrhunderts geerbt haben, für selbstverständlich gegeben. Es ist an der Zeit, uns daran zu erinnern, dass all diese Dinge noch im gar nicht so lange zurückliegenden Jahr 1929 völlig undenkbar waren. Wir sind die glücklichen Nutznießer einer in ihrem Ausmaß und ihren Auswirkungen beispiellosen Transformation. Es gibt viel zu verteidigen.« Deshalb müssten »(…) Sozialdemokraten, typischerweise bescheiden in ihrem Stil und Ehrgeiz, nachdrücklicher über die Errungenschaften der Vergangenheit sprechen«.

Ja, das sollten sie tatsächlich tun. Völlig zutreffend betont Judt: »Die Anstrengungen eines ganzen Jahrhunderts im Stich zu lassen, ist Verrat nicht nur an denen, die vor uns da waren, sondern auch an künftigen Generationen.« Skeptisch stimmt indessen, wie Judt die Verteidigung »vergangener Errungenschaften« gegen die Aufgabe auszuspielen scheint, heute offensiv auf das progressive Ziel einer besseren Zukunft für möglichst viele Menschen hinzuarbeiten. In seiner dem Buch zugrunde liegenden New Yorker Vorlesung vom 19. Oktober 2009 formulierte Judt die vermeintliche Alternative besonders drastisch: »Statt den Versuch zu unternehmen, eine Sprache des optimistischen Fortschritts zu erneuern, sollten wir anfangen, uns wieder mit unserer jüngeren Geschichte vertraut zu machen.« Nur: Warum eigentlich sollten wir zwischen beidem wählen müssen?

Dieser angebliche Gegensatz ist unerklärlich – und kontraproduktiv für das Anliegen der sozialen Demokratie im 21. Jahrhundert. Natürlich ist es richtig, für eine Sozialdemokratie zu kämpfen, die in einer früheren Ära erreichte zivile und soziale Standards verteidigt: Gleichheit, Gerechtigkeit, zivilen Anstand, den Glauben an die Möglichkeit und den Wert gemeinsamer Anstrengung für das gemeine Wohl. In diesem spezifischen Sinn müssen Sozialdemokraten in der Tat »konservativ« sein. Aber wie jeder Fußballer weiß, werden jene Mannschaften regelmäßig für ihre furchtsame Taktik bestraft, die in den ersten zehn Minuten 1:0 in Führung gehen und danach nur noch versuchen, den mageren Vorsprung über die Zeit zu retten. Nicht weniger als im Fußball kommt es in der Politik darauf an, proaktiv zu handeln, das Spiel zu gestalten und an die eigene Fähigkeit zu glauben, weitere Treffer zu erzielen.

Anders gesagt: Falls Sozialdemokraten wichtige Ziele vertreten, für die sich zu kämpfen lohnt (was ja der Fall ist), dann müssen sie ihre Ideen heute offensiv

unter die Menschen bringen, statt in Deckung zu gehen, auf das Beste zu hoffen, aber insgeheim mit dem Schlimmsten zu rechnen. Es ist wahr, in der inzwischen beendeten Ära marktradikaler Hegemonie war die Idee der sozialen Demokratie in die Defensive geraten. Sogar Sozialdemokraten selbst glaubten nicht mehr an ihre Sache, weil sie ihre ganz eigene »Sprache des optimistischen Fortschritts« verloren hatten. Und umgekehrt kam ihnen diese Sprache immer weiter abhanden, weil sie nicht mehr an ihre eigene Sache glaubten. Das eine bedingte das andere – und vice versa.

Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Denn es besteht heute ja tatsächlich aller Anlass zur Furcht. Der Marktradikalismus zwar mag – jedenfalls als hegemoniales Narrativ – Geschichte sein. Aber die Zerstörung all dessen, was im Zeichen der sozialen Demokratie in den Nachkriegsjahrzehnten erreicht wurde, ist immer noch möglich. Der Klimawandel, endemische Finanz-, Wirtschafts-, Verschuldungs- und Währungskrisen, Bevölkerungswachstum, Energieknappheit, demografische Ungleichgewichte, Massenmigration, Nahrungsmittelknappheit, Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, die Verbreitung von Atomwaffen, eine bald zerstreute, bald in Panik verfallende Öffentlichkeit – die Welt ist tatsächlich ein sehr gefährlicher Ort geworden. In solchen Zeiten werden gerade rückwärts gewandte »Parteien der Angst«, zusammengehalten von kaum mehr als der Sehnsucht, die Erosion ihrer früheren Errungenschaften irgendwie zu bremsen, niemals mehr auf die Beine bringen können als letztlich hilflose Sperrminoritäten.

Angst lähmt und macht unkreativ. Statt ihr nachzugeben, sollten wir uns wieder selbst davon überzeugen, dass die Idee einer progressiven, zukunftsorientierten sozialen Demokratie, die auch grüne und liberale Ziele einbezieht, im 21. Jahrhundert jedes Potenzial besitzt, Mehrheiten zu überzeugen. Wenn Sozialdemokraten selbst nicht daran glauben, dass sie etwas Wertvolles anzubieten haben, warum sollte ihnen dann irgendjemand folgen? Martin Luther King rief nicht: »Ich habe einen Alptraum.« Und Barack Obama wurde nicht Präsident der Vereinigten Staaten, der es vermochte, einen Krankenversicherungsschutz für Millionen zuvor unversicherter Amerikaner durchzusetzen, indem er über die neoliberale Hegemonie lamentierte. Vielmehr gelang ihm dies, indem er hinreichend viele Menschen davon überzeugte, dass positiver Wandel, Fortschritt und eine bessere Zukunft immer noch möglich sind.

Vielleicht, wahrscheinlich sogar, wird es eine bessere Zukunft für alle nicht geben. Das Dilemma des Fortschritts im 21. Jahrhundert liegt klar zutage. In seinem aktuellen Buch »The Politics of Climate Change« bringt Anthony Giddens das Problem auf den Punkt: »Unsere Zivilisation könnte sich selbst zerstören, kein Zweifel. Der Jüngste Tag ist nicht mehr bloß eine religiöse Vorstellung, nicht mehr nur ein Tag der spirituellen Abrechnung, sondern er steht unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft möglicherweise tatsächlich bevor. (…) Kein Wunder, dass viele Menschen Angst haben. ›Lasst uns umkehren‹, sagen sie, ›lasst uns in eine einfachere Welt zurückkehren!‹ Diese Gefühle sind vollständig ver-

ständlich, und in manchen Kontexten besitzen sie auch ganz praktische Bewandtnis. Aber es kann keine ›Rückkehr‹ auf der ganzen Linie geben. Gerade die Ausweitung menschlicher Macht, die unsere großen Probleme verursacht hat, stellt das einzige Mittel dar, diese Probleme zu lösen – mit Wissenschaft und Technologie an der Spitze. Es wird im Jahr 2050 wahrscheinlich neun Milliarden Menschen auf der Erde geben. Danach wird sich die Weltbevölkerung hoffentlich stabilisieren, vor allem dann, wenn die am wenigsten entwickelten Länder bis dahin erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt erleben. Deshalb müssen Mittel gefunden werden, diesen neun Milliarden Menschen ein annehmbares Leben zu ermöglichen.«

Die Welt des 21. Jahrhunderts bedarf also ganz dringend des Fortschritts und hellwacher Sozialdemokratien, damit zumindest einige der Probleme gelöst werden können, die vergangener Fortschritt eben *auch* geschaffen hat. Wir können überhaupt nicht sicher sein, dass uns dies gelingen wird. Was wir aber mit der allergrößten Sicherheit wissen, ist, dass uns Konservatismus, ob in sozialdemokratischer oder sonstiger Spielart, auf gar keinen Fall retten wird. Möglicherweise sind wir selbst dann zum Scheitern verurteilt, wenn wir uns für mehr und – hoffentlich – besseren Fortschritt entscheiden. Auf jeden Fall aber sind wir zum Scheitern verurteilt, wenn wir prinzipiell gegen die regulative Idee des Fortschritts optieren. Wie sogar Tony Judt selbst einräumt: »Die Vergangenheit ist tatsächlich ein anderes Land: Wir können nicht in sie zurückkehren.«

Das heißt nun keineswegs, dass Sozialdemokraten und andere Progressive nichts mehr aus der Geschichte zu lernen hätten. Ganz im Gegenteil! Unser Erfolg bei der Bewältigung dieses Jahrhunderts wird nicht zuletzt davon abhängen, ob hinreichend viele Menschen in den westlichen Gesellschaften die Kostbarkeit, die schiere Unwahrscheinlichkeit und die Zerbrechlichkeit der sozialen und freiheitlich-demokratischen Nachkriegsordnung begreifen. Zu Recht warnt uns Judt davor, nur ja nichts davon für selbstverständlich zu halten: »Wenn wir eine bessere Zukunft bauen wollen, dann müssen wir ein tieferes Verständnis dafür entwickeln, wie plötzlich selbst festgefügte freiheitliche Demokratien zugrunde gehen können.«

Tony Judt verdient große Anerkennung dafür, dass er diese Botschaft bis zu seinem Tod glasklar und unerbittlich vertreten hat. »Die Sozialdemokratie steht nicht für eine ideale Zukunft«, schreibt er, »sie steht nicht einmal für eine ideale Vergangenheit. Aber unter den Optionen, die uns gegenwärtig offenstehen, ist die sozialdemokratische besser als jede andere.« Deshalb wird die soziale Demokratie im 21. Jahrhundert unentbehrlich bleiben – aber nicht als jener defensive Ersatz-Konservatismus, den Tony Judt selbst im Auge hatte, sondern als das optimistische, fortschrittliche und zugleich nüchterne politische Bekenntnis, das unser gefährliches Zeitalter so dringend braucht.

Ob die Sozialdemokratie diese Aufgabe überhaupt schultern will und kann – das sind die Fragen, über die, inspiriert durch Tony Judts Buch, derzeit an vielen

Stellen in Europa intensiv diskutiert wird – etwa in der *Berliner Republik,* in der *Neuen Gesellschaft* oder auf der Website der niederländischen *Wiardi Beckman Stichting*. In Holland lag Judts Buch bereits kurz nach Erscheinen des Originals, ins Niederländische übersetzt, in allen Buchhandlungen. Dass sich Judts behäbiger deutscher Verlag in den Monaten bis zum Tod seines langjährigen Autors nicht im Stande sah, eine deutschsprachige Fassung von »Ill Fares the Land« auch nur anzukündigen, ist ebenso unverständlich wie unverzeihlich.

Tobias Dürr;
Chefredakteur der »Berliner Republik«;
Vorsitzender und Initiator des Progressiven Zentrums, Berlin

Stehen wir vor der Rückkehr der Tugend der Gleichheit in die Politik?

RICHARD WILKINSON / KATE PICKETT:
Gleichheit ist Glück – Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind

Berlin 2009

Haffmans & Tolkemitt (bei Zweitausendundeins), 320 S.

Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast«, fasste der britische Staatsmann und Schriftsteller Winston Churchill (1874–1965) einmal seine Erfahrungen mit aufbereiteten Zahlen zusammen. Sie lassen sich auf vielfältige Weise interpretieren: Jeder in Deutschland, der im Fernsehen nach Bundes- und wichtigen Landtagswahlen der Runde der Generalsekretäre gelauscht hat, weiß: Zumeist hat jede Partei gewonnen.

Zahlen sind geduldig, sagt man: Oft kann man schlechte Statistiken verbergen und verschleiern oder Ergebnisse schönen, wie jüngste Beispiele aus dem Kreis der Mitgliedsländer der Eurozone mit erheblichen Folgewirkungen gezeigt haben. Andere Zahlen lassen einen dennoch aufschrecken: Im Juni dieses Jahres publizierte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung eine neue Studie zur Einkommensverteilung in Deutschland. Die Einkommensgegensätze zwischen ärmeren und reicheren Haushalten vergrößern sich, die Mittelschicht schrumpft. Die Gesellschaft driftet auseinander in eine kleine wohlhabende und eine breite arme Schicht. Der Trend zur Einkommenspolarisierung ist mitnichten nur ein deutsches Phänomen. Die britischen Sozialwissenschaftler Kate Pickett und Richard Wilkinson nehmen in ihrem Buch »Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind« die gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen einer solchen Entwicklung im internationalen Vergleich in den Blick.

Wie kommt es, dass die Gesellschaften reicher Industrieländer so wohlhabend leben wie noch nie zuvor, aber dennoch so große soziale Probleme haben? Die USA zum Beispiel haben das höchste Pro-Kopf-Einkommen und gleichzeitig die

höchste Mordrate der westlichen Industrieländer. Die Antwort der Autoren: Weil Einkommen und Wohlstand nicht gleich verteilt sind. Ab einer gewissen Höhe des Sozialprodukts gelte: Je gerechter die Einkommens- und Wohlstandverteilung, desto gesünder, glücklicher und erfolgreicher sei eine Gesellschaft.

Die Konsequenzen einer ungleichen Verteilung gingen zudem nicht nur zu Lasten der ärmeren Teile der Bevölkerung. Auch die Wohlhabenden bekommen die Folgewirkungen einer sozial ungleichen Gesellschaft deutlicher zu spüren, als bisher gedacht. Ein Beispiel: In den USA haben die oberen 20 Prozent der Bevölkerung siebeneinhalb bis achtmal so viel Geld zur Verfügung wie die unteren 20 Prozent – in Norwegen hingegen nur etwa viermal so viel, trotz durchschnittlich ähnlichen Wohlstandes beider Länder. Im Vergleich zeigt sich: Norwegen schneidet in allen Bereichen besser ab als die USA. Ein Kind, das in Norwegen geboren ist, lebt gesünder, hat einen tendenziell besseren Bildungsabschluss, eine höhere Lebenserwartung und ein geringeres Risiko, Opfer einer kriminellen Straftat zu werden. Dies gilt für alle Bevölkerungsschichten.

In mehrjähriger Recherche haben die beiden Autoren umfassendes statistisches Material zusammengetragen und die Einkommensverteilung in den vorwiegend westlichen Industrieländern miteinander verglichen. Deutschland liegt dabei noch im oberen Drittel der tendenziell sozial gleicheren Länder. Dieser Länderindex wird nun verknüpft mit Datenmaterial zu gesellschaftlichen Fragestellungen: Vertrauen, psychische Erkrankungen und Sucht, Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeit, Fettleibigkeit, schulische Leistungen der Kinder, Teenager-Schwangerschaften, Selbstmorde, Zahl der Gefängnisstrafen und soziale Mobilität. Die Zahlen zu diesen Untersuchungen stammen aus offiziellen Erhebungen der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD/Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), der UNO und der World Health Organization (WHO/Weltgesundheitsorganisation), um eine vergleichbare und solide Datenbasis zu schaffen. Sehr nützlich ist auch der Anhang des Buches, der in der englischen Auflage erst im Nachhinein eingefügt wurde: Dort werden die Herkunft des Datenmaterials sowie die Funktionsweise der Statistiken erklärt. Dies macht die Diagramme für den Leser transparenter und nachvollziehbarer – ein Hauptkritikpunkt vor allem der konservativen Kritiker, die insbesondere die unterstellte statistische Evidenz und Korrelation aufs Korn nehmen.

Bei der Einzelanalyse der gesellschaftlichen Fehlfunktionen sind den Autoren besonders gut und überzeugend die Kapitel zu psychischen Erkrankungen, Lebenserwartung und Fettleibigkeit gelungen. Es erscheint logisch, dass erhöhter Konkurrenzdruck und Abstiegsangst in ungleicheren Gesellschaften zu mehr psychischen Krankheiten führen.

Andere Ableitungen bleiben eher vage und unklar: Im Kapitel zum Suizid zum Beispiel stellen die Autoren fest – im Gegensatz zu ihren bisherigen Erkenntnissen –, dass die Suizidrate in tendenziell ungleicheren Gesellschaften niedriger

ist als in Gesellschaften, in denen das Einkommen gleichmäßiger verteilt ist. Als Erklärung hierfür schlagen sie vor, dass depressive Menschen in egalitären Gesellschaften tendenziell eher Gewalt gegen sich selbst anwenden. In ungleicheren Gesellschaften hingegen träte eine Depression eher nach außen in Form von mehr Gewaltstraftaten und höheren Mordraten in Erscheinung. Dieser postulierte Zusammenhang zwischen Selbstmordrate und Gewaltstraftaten überzeugt nicht. Ebenso wirkt der Zusammenhang von Gleichheit und Erderwärmung sowie Ressourcenknappheit konstruiert. Besser wäre es hier, näher an den empirischen Ergebnissen zu bleiben.

Im angelsächsischen Raum hat die Studie je nach politischem Standort für starke Resonanz gesorgt. Was Polly Toynbee vom links-liberalen *Guardian* als bahnbrechende Forschungen lobt (Toynbee 2009), sorgt auf der anderen politischen Seite für erheblichen Widerspruch.

Christopher Snowdon betitelte seine Kritik mit »The Spirit Level Delusion. Fact-Checking the Left's New Theory of Everything« (Snowdon 2010) und bemängelte, dass einige Länder im Datenvergleich keine Berücksichtigung gefunden hätten und sich vieles allein auf die nordeuropäischen Modellländer beziehen ließe. Snowdon sieht sich als unabhängiger Journalist mit Beziehungen zum Institute for Democracy (mit Sitz in London und Washington) – ein Think Tank, der sich über Leitung, Finanzierung und Beirat leicht als Anhängsel des Cato Institute ausmachen lässt, der traditionellen neoliberalen Kaderschmiede vor allem der USA. Publizistisch hervorgetan hat er sich ansonsten bislang mit einer ideologiekritischen Aufarbeitung der Nichtraucherbewegung.

Peter Saunders und Natalie Evans kommen vom Policy Exchange, einer der angesehensten britischen Denkfabriken – mit sehr hoher Anschlussfähigkeit zur konservativen Partei der Insel. Schon das Titelblatt ihrer Studie ordnet die kritisierten Argumentationslinien provokativ ein: ein Hütchenspiel – mit geschicktem Drehen und Wenden der drei Hütchen lässt sich ein gewünschtes (falsches) Ergebnis schon erzielen (Saunders, Evans 2010). Fast ebenso ausführlich wie das Original nehmen die Autoren in ihrer Erwiderungsschrift die meisten der von Wilkinson und Pickett präsentierten Schaubilder und Tabellen unter die Lupe und interpretieren sie unter ihrem Paradigma neu: Was zählt, sei nicht Gerechtigkeit und Verteilung, sondern in erster Linie das Sozialprodukt pro Kopf, also Wachstum statt Gleichheit.

Der britische Soziologe Daniel Dorling versucht in seinem Buch »Injustice. Why Social Inequality Persists« den tiefsitzenden Strukturen und Denkmustern in unseren kapitalistischen Gesellschaften und politischen Kulturen nachzuspüren, die dafür sorgen, dass sich Ungleichheit immer aufs neue reproduziert und im führenden öffentlichen Diskurs als richtig und vorteilhaft für alle gutgeheißen wird (Dorling 2010). Im Zeichen ewiger Unterschiedlichkeit (und damit auch Ungleichheit) legitimiere sich eine Elite ständig als unvermeidlich neu und überzeuge sich selbst und den formierten öffentlichen Meinungsmainstream

davon, dass sie die Fäden von Wirtschaft und Politik zum Wohle aller (unter Inkaufnahme der leider nicht vermeidbaren Exklusion einiger Gesellschaftsteile) in die Hände nehmen müsse. Parallel zur Kritik am neoliberalen globalen Finanzkapitalismus im Zuge der Bankenkrisen der letzten beiden Jahre könnte mit Spirit Level nun die lang verschmähte Tugend der Gleichheit wieder ihren Weg zurück in die politische Debatte finden.

In ihrem mit Verve geschriebenen Schlusskapitel bleiben Kate Pickett und Richard Wilkinson nicht nur in der Welt der Zahlen, sondern wagen sich hinaus in die Politik, mit konkreten Vorschlägen, welche Änderungen nötig seien: Von Steuerumverteilung über die Einschränkung überzogener Spitzenlöhne bis zur Schließung von Schlupflöchern im Steuersystem reicht die Bandbreite ihrer Rezepte. Zudem haben die Autoren eine Stiftung gegründet, The Equality Trust, deren Ziel es ist, die Ergebnisse ihrer Arbeit in die Öffentlichkeit zu tragen und in die Politik zu implementieren.[1]

Kurz zurück zu Churchill: An einigen Punkten mag die angestrebte statische Evidenz und Korrelation zwischen Ungleichheit und Lebensstandards mit den Autoren durchgehen, wodurch das Buch hier und da an Überzeugungskraft einbüßt. Ungleichheit kann nicht der Grund für alle Übel und Probleme sein. Aber das Buch zeigt, dass mit mehr Gleichheit und nicht durch Verweis auf die Höhe des Durchschnittseinkommens die statistische Wahrscheinlichkeit wächst, dass sich die Lebenslagen aller Bevölkerungsteile verbessern. Und dies bedeutet in der Tat einen Paradigmenwechsel, schließlich galt bisher eher der Spruch »a rising tide lifts all boats«.

Zahlenakrobatik hin oder her – bei der Suche nach der richtigen Politik zur Eröffnung von Lebenschancen hat auch die Sozialdemokratie lange die Bedeutung der Märkte überschätzt, die der Verteilungsfrage unterschätzt und den engen Zusammenhang zwischen Chancengleichheit und Ergebnisgleichheit zu übersehen versucht. Im Zeichen von Spar- und Konsolidierungsprogrammen im Zuge von Finanz- und Wirtschaftskrise stehen (sozialdemokratische) Regierungen indes vor limitierten Handlungsspielräumen. Chancengleichheit im Zeichen gerechterer Verteilung transportiert sich jedoch insbesondere über intakte Wohlfahrtsstaaten und ein adäquates Angebot öffentlicher Dienstleistungen – beide drohen auszubluten.

Liana Fix und Gero Maaß;
Liana Fix ist Mitarbeiterin der Körber-Stiftung, Berlin;
Gero Maass ist Leiter des Referats Internationale Politikanalyse,
Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

1. www.equalitytrust.org.uk – dort findet sich auch eine Erwiderung vor allem auf die Kritik von Policy Exchange.

Dorling, Daniel (2010): *Injustice. Why Social Inequality Persists.* Bristol: Policy Press.

Saunders, Peter und Natalie Evans (2010): *Beware False Prophets. Equality, the Good Society and »The Spirit Level«*. London: Policy Exchange. Online verfügbar: http://www.policyexchange.org.uk/images/publications/pdfs/Beware_False_Prophets_Jul_10.pdf.

Snowdon, Christopher (2010): *The Spirit Level Delusion. Fact-checking the Left's New Theory of Everything;* Little Dice.

Toynbee, Polly (2009): »Revenge for Past Failings Is a Luxury the Poor Can't Afford«, in *The Guardian* (4. Dezember).

FRANZ WALTER:
Vorwärts oder Abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie

Berlin 2010

Suhrkamp, 142 S.

Einzeldarstellungen zu den Problemen der europäischen Sozialdemokratie und der verschiedenen Parteien und Organisationen, die sie ausmachen, gibt es mittlerweile genügend. Höchste Zeit also für eine Synopse, eine analytische Gesamtschau, eine Verortung der gegenwärtigen Prozesse in längeren politischen und ideologischen Zusammenhängen und Linien. Franz Walter hat mit »Vorwärts oder Abwärts?« genau dies geleistet. Wenn die Darstellung auch ein gewisses Schwergewicht auf die SPD und ihre Veränderungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten legt, so gibt sie dennoch auch einen sehr viel breiteren Überblick, indem sie die Entwicklungen außerhalb Deutschlands, insbesondere die in Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden und Skandinavien ebenfalls berücksichtigt.

Dieser breite Ansatz erlaubt es, die Gefahr einer zu großen Personifikation der aktuellen Probleme der europäischen Sozialdemokratie zu vermeiden. Zwar räumt Walter den persönlichen Charakteristika gerade der deutschen Spitzensozialdemokratie einen relativ großen Raum ein. Aber er stellt diese Aspekte immer in den Kontext breiterer Entwicklungen. Der Niedergang der Sozialdemokratie, so Walter, habe im Grunde bereits Anfang der 1970er Jahre begonnen, als der Nachkriegskeynesianismus an seine Grenzen kam. Diese Einschätzung ist an sich nichts Neues. Wo sich andere Autoren mit dem Argument des »schieren Sachzwanges« zufrieden geben, schildert Walter die politischen und ideologischen Entwicklungen dieser Zeit und den Triumph des »neuliberalen« Denkens als eine Schlacht der Ideen, einen von Interessen getriebenen »Ideologiekampf«, den die traditionelle Linke schlicht verlor. Am Ende dieser Entwick-

lung stand eine Anpassung der Sozialdemokratie an den herrschenden Zeitgeist und die langanhaltende Dominanz liberalen Denkens – in seiner neo-, aber auch ökoliberalen Spielart. Die daraus folgende Flucht in die »Sackgasse des Dritten Weges« beschädigte in letzter Konsequenz die Vertrauensbasis in den traditionellen Wählermilieus der Sozialdemokratie massiv und anhaltend – und führte schlussendlich zu den bitteren Bundestagswahlergebnissen des Jahres 2009. Ein umfangreiches Kapitel zur Entwicklung in Europa zeigt, dass die Entwicklung außerhalb Deutschlands ähnlich verlief.

Franz Walter hat bei seiner Analyse der Krise der Sozialdemokratie immer starkes Gewicht auf die Einbeziehung der milieu- und organisationssoziologischen Entwicklungen gelegt. Dieser Frage ist auch in »Vorwärts oder Abwärts?« ein eigenes Kapitel gewidmet: Der Autor schildert dort die Auflösung des traditionellen sozialdemokratischen Milieus, die Entbettung der Parteien und Organisationen aus dem sozialen Kontext klassischer Arbeitermilieus und die Übernahme der Parteiapparate und -funktionen durch eine Generation von Aufsteigern, die mit den absteigenden Modernisierungsverlierern nichts mehr zu tun haben wollte. Will man die Entwicklung in Deutschland, aber auch in Großbritannien in den letzten Jahren verstehen, so darf dieser Aspekt nicht, wie es viele anderen Autoren tun, unterschätzt werden. Diese Milieuentbettung hat zur Konsequenz, dass die sozialdemokratischen Parteien heutzutage immer weniger Arbeiterparteien sind. Vielmehr, so Walter, entwickeln sich die Parteien immer stärker hin zu Parteien des öffentlichen Dienstes, deren Verankerung in den Problem- und Krisenvierteln dieses Kontinents nur noch marginal ist.

Bei der Schilderung der »defekten Partei« SPD fällt besonders auf, wie sehr Franz Walter seine Analyse auf sozioökonomische und soziologische Aspekte fokussiert. Vermutlich – der Rezensent fühlt sich hier nicht hinreichend sachkundig – ist dies für das Verständnis der Probleme der SPD auch völlig richtig. Damit unterscheidet sich Walter aber von einigen anderen Autoren, die in den letzten Jahren versucht haben, die aktuellen Probleme der europäischen Sozialdemokratie zu erklären. Hanspeter Kriesi und seine Co-Autoren, der von Franz Walter immer wieder zitierte René Cuperus oder auch Patrick Diamond und Roger Liddle, betonen sehr viel stärker als Walter die Bedeutung soziokultureller Faktoren – die Anpassung an eine »kosmopolitische« Elitenideologie, die Auswirkungen von Immigrationsprozessen und die Fetischisierung von Multikulturalismus und Universalismus – für die Probleme der europäischen Sozialdemokratie und ihrer Trennung von Teilen ihrer einstmals proletarischen Wählerbasis. Nur zu gerne hätte man gelesen, wie ein kluger und extrem sachkundiger Mann wie Franz Walter diese Aspekte bewertet.

Im Schlusskapitel widmet sich Walter den Perspektiven der Sozialdemokratie in Europa. Sein Fazit ist nicht optimistisch: Angesicht der strukturellen Defizite der europäischen Sozialdemokratie, des enormen Vertrauensverlustes der letzten Jahre und der tiefgehenden Entfremdung von strategischen Wählermilieus sei

nicht unbedingt mit einer Wiederherstellung sozialdemokratischer Hegemoniefähigkeit zu rechnen. Vielmehr drohe das Gespenst eines Erstarken des Rechtspopulismus, der »negativen Mobilisierung« der Demokratieverdrossenen.

In der Summe handelt es sich bei »Vorwärts oder Abwärts?« um ein Buch, für das es weder auf dem deutschen noch auf dem europäischen Markt ein Pendant gibt: Keinem anderen Autor ist es bisher gelungen, die Vielfalt der Krisensymptome der europäischen Sozialdemokratie in einer ähnlichen Form und Tiefe zusammenzufassen. Die Vielfalt der konsultierten Quellen aus den verschiedenen Ländern Europas ist beeindruckend. Gerade weil es dem Leser ein Happy End verweigert, ist das Buch für jeden, der sich für die Zukunft der Sozialdemokratie interessiert, schlicht eine Pflichtlektüre.

Ernst Hillebrand;
Leiter des Referats Mittel- und Osteuropa, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Auf linken Wegen: Erkundungen in politischer Topographie

FRANZISKA DROHSEL (Hrsg.):
Was ist heute links? Thesen für eine Politik der Zukunft
Frankfurt 2009
Campus, 250 S.

SIGMAR GABRIEL:
Links neu denken. Politik für die Mehrheit
München 2008
Piper, 379 S.

Die Wahlniederlage der SPD am 27. September 2009 darf mit einigem Recht als Zäsur in der Geschichte der ältesten deutschen Partei gelten. Mit dem Bundesparteitag 2009 in Dresden wurde folgerichtig ein Prozess der Erneuerung der SPD eingeläutet, der für die Partei weitreichende Folgen haben wird. Wo die Reise hingeht, ist dabei längst nicht gewiss. Denn gemäß ihrer Tradition als heterogene Volkspartei stehen in der SPD sehr verschiedene Ansichten über Wirtschaft, Staat und Politik miteinander im Dialog und gelegentlich im Widerstreit.

Sigmar Gabriel und Franziska Drohsel, die ihre Partei auf sehr unterschiedliche Weise vertreten, haben theoretisch-politische Analysen und Zukunftsentwürfe vorgelegt, die aus heutiger Sicht als Bauskizzen für die Nach-Agenda-SPD gelesen werden können. Dennoch zeichnet beide Bücher aus, dass sie im Jahr 2008, also weit vor dem Wahldebakel geschrieben wurden. Sie sind somit beide nicht als dezidierte Beiträge zur Erneuerungsdiskussion der SPD verfasst worden, sondern sollen jeweils grundsätzliche Beiträge über Grundwerte und programmatische

Fundamente sozialdemokratischer Politik darstellen. Beide Bücher eint das Interesse an der normativ-ideologischen Begründung politischen Handelns, entgegen der apolitischen Alternativlosigkeitsdiskurse der 2000er Jahre. Ihre Kategorie wählen die Autorin und der Autor gemäß der klassischen politischen Topographie: Sie werfen die Frage danach auf, was überhaupt »links« sei, und wie eine »linke« Politik in der Gegenwart aussehen müsse.

Einen debattenorientierten Beitrag dazu liefert das von *Franziska Drohsel* herausgegebene Buch »Was ist heute links?«. Der Band besteht aus 63 Thesen, die die Jusos, denen Drohsel bis Mitte 2010 als Bundesvorsitzende vorstand, im Herbst 2008 beschlossen. Daran knüpfen weitere Artikel von SPD-Größen, Juso-Veteraninnen und Veteranen, Wissenschaftlerinnen und Wirtschaftlern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft an, die sich mit der aufgeworfenen Fragestellung nach einer modernen Linken und den vorgestellten Thesen selbst kontrovers auseinandersetzen.

Die Thesen der Jusos stehen in der Tradition neomarxistischer Theorieorientierung und nehmen ihren Ausgang in einer Analyse der Grundkategorien der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Dann wenden sie sich Akteurinnen und Akteuren sowie Strategien in aktuellen politischen Konflikten zu und beleuchten weiterhin die gegenwärtigen Ausformungen des Kapitalismus im Einzelnen. Abschließend werden einzelne Politikfelder wie Feminismus, Antifaschismus, Internationalismus und Ökologie genauer untersucht.

Zentral ist der Kapitalismus-Begriff, den die Jusos in der Tradition der Kritischen Theorie als »Totalität« beschreiben, als »das dominante Strukturprinzip der Gesellschaft« (Drohsel 2009: 28), dessen Logik alle Lebensbereiche durchziehe. Der Kapitalismus sei trotz wandelnder Gestalt stets immanent krisenhaft, treibe eine zwanghafte Verwertungslogik an und müsse daher überwunden werden, um ein »freies und gleiches Leben für alle« zu ermöglichen (S. 20). Das Marktprinzip führe automatisch zu Ungleichheit. Der Kapitalismus produziere Gewinner und Verlierer »nicht mangels besserer Organisation, sondern als Folge seiner ihm innewohnenden Gesetzmäßigkeit« (S. 58). Als dominante Trends der historisch-konkreten Gestalt des Kapitalismus benennen die Thesen die Globalisierung und die Abkopplung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft sowie prekarisierte Beschäftigung und die Spaltung der Gesellschaft (vgl. S. 46–65). Den Staat sehen die Jusos dabei einerseits als Ansatzhebel für fortschrittliche Politik, mittels dessen Regulierungen erkämpft werden könnten (vgl. S. 57), andererseits aber auch als strukturellen Garanten kapitalistischer Verwertungsvoraussetzungen. Plädiert wird also nicht für eine bloße Zurückdrängung des »bösen« Marktes durch einen »guten« Staat, sondern für politisch erkämpfte Akzentverschiebungen innerhalb eines kapitalistischen Staats- und Wirtschaftssystems.

Mit der Regierungs-SPD gehen die Juso-Thesen hart ins Gericht. Nicht nur der politischen (Mit-)Verantwortung für die beschriebenen Entwicklungen

wegen, sondern auch aufgrund der durch Autoritarismus und Abschottung ermatteten demokratischen Kultur in der Partei. Dennoch steht für die Jusos fest, dass es ohne die SPD keine fortschrittliche Politik geben wird, und dass es deshalb »in der und um die SPD« (S. 36) zu kämpfen gelte. In Drohsels Buch wird der Erfolg sozialdemokratischer Politik nicht in Zustimmungsraten zur SPD gemessen, sondern an der Fähigkeit, linke Politik umzusetzen (ob allein oder mit Partnern) und somit der erwähnten freien und gerechten Gesellschaft näher zu kommen. Die SPD wird als Instrument zur Gesellschaftsveränderung begriffen, nicht als Selbstzweck.

Die Thesen der Jusos changieren insgesamt zwischen einem rigorosen Antikapitalismus im Grundsätzlichen und einer reformistischen Linie im Konkreten, auch wenn das Reformprogramm fragmentarisch bleibt. Die Widersprüche zwischen radikaler Ablehnung und inkrementeller Reformpolitik werden in Drohsels Buch ebenso freimütig eingestanden, wie im Debattenteil harsch kritisiert. »Links sein« hat aber für Drohsel und die Jusos eben auch eine individuelle Komponente, nämlich das Leben in Widersprüchen auszuhalten und trotzdem im Hier und Jetzt für Fortschritte zu streiten (vgl. S. 90–92). Diesem Aspekt der Selbstvergewisserung wird im Buch ein breiter Raum eingeräumt.

Sigmar Gabriel hingegen buchstabiert sein »Links-Sein« nicht als marginalisierte Position, sondern im Gegenteil als *Politik für die Mehrheit*. Gabriels Buch, das im Gegensatz zu Drohsels Band als Monographie gestaltet ist, stammt aus der Zeit vor seiner Wahl zum Parteivorsitzenden und versteht sich als Streitschrift, nicht als Parteiflügel übergreifende Synthese. In seinem über 370 Seiten starken Buch »Links neu denken« entwickelt der damalige Bundesumweltminister einen Politikentwurf für eine »sozialdemokratische Gestaltungslinke« (Gabriel 2008: 12), den er gegen politische Mitbewerber abgrenzt.

Gabriel versteht unter linker Politik »(…) die Gewährleistung sozialer Teilhabe und den Ansporn zu wirtschaftlichem Fortschritt für die große Mehrheit« (S. 22). Er leitet seinen Begriff von »links« aus dem Emanzipationsprinzip ab. In den Anfangspassagen seines Buches wendet er diesen Begriff gegen einen politisch entkernten Fetisch der »Mitte« in der politischen Kommunikation, den er für strukturkonservativ hält. Überzeugend legt Gabriel dar, wie die Rede von Sachzwang und Alternativlosigkeit demokratische Politik verleugnet und Verantwortung aufgibt. Daraus leitet er den Anspruch auf eine Erneuerung der Demokratie ab, in der das Primat der Politik wieder gilt. Aber auch parteiinterne Reformen wie die Öffnung gegenüber Quereinsteigern mahnt er mit Blick auf die SPD an, um demokratische Beteiligung wieder attraktiver zu gestalten.

Die gegenwärtig größten Herausforderungen für die proklamierten Lösungskapazitäten demokratischer Politik sind Gabriel zufolge der Finanzkapitalismus, die Umwelt- und Klimazerstörung, postdemokratische Tendenzen und soziale Spaltungen sowie die Entgrenzung der Politik und die gestörten Gleichgewichte in der Gesellschaft. Die umfassenden Ausführungen genügen dem Anspruch, zu

»Sagen, was ist« (S. 66), verfehlen jedoch zu sagen, warum das so ist. Gabriel klammert den Beitrag der SPD für viele der von ihm geschilderten und skandalisierten Entwicklungen weitgehend aus. Von der Fehleranalyse und Selbstkritik seiner jüngeren öffentlichen Äußerungen findet sich im Buch kaum etwas.

In Anbetracht seiner Situationsanalyse will Gabriel »das linke Projekt weiterführen« (S. 139). Gegen einen technikskeptischen Umweltschutz-Konservatismus setzt er die Idee eines nachhaltigen Fortschritts, der das Bloch'sche Prinzip Hoffnung mit dem Jonas'schen Prinzip Verantwortung vermählt (vgl. S. 143). Aus einem so verstandenen Fortschrittsbegriff entwickelt er seinen Politikentwurf, die mehrheitsorientierte »Politik der Balancen« (S. 109). Eine wachstums- und beschäftigungsfördernde ökologische Industriepolitik nimmt darin einen zentralen Platz ein, ebenso die Innovationsförderung und der viel beschworene vorsorgende Sozialstaat. Der bildungspolitische Teil des früheren Lehrers Gabriel sticht durch seinen Fokus auf Lernkultur und frühkindliche Bildung hervor, klammert die brisante Debatte um die Schulstruktur aber weitgehend aus. Insgesamt zeigen diese Passagen die politischen Stärken Gabriels, sie enthalten die eingängige Darstellung eines schlüssigen und ethisch fundierten Reformprogramms, bisweilen jedoch mit einer schon ministerialen Detailverliebtheit.

Strategisch setzt Sigmar Gabriel auf eine Selbstverortung der Sozialdemokratie als »Gestaltungslinke«, die eine ausgewogene Politik für die Mehrheit der Bevölkerung betreibt. Er grenzt sich gegen den »halbierten Liberalismus« der FDP, die wankelmütige Union, die »Nur-Ökologen« bei den Grünen ab (S. 336 f) und richtet sich dezidiert gegen die »Protest-Linke« (S. 354 f) und gegen altlinke »Irrungen und Wirrungen« (S. 124 f). Dabei konstruiert er die politischen Gegner, insbesondere auf der linken Seite des Parteienspektrums, jedoch arg holzschnittartig als idealtypische Dogmatiker ihrer jeweiligen ideologischen Endgültigkeitsansprüche. So wird die politische Konkurrenz zum Pappkameraden, auf den es sich einfach einschlagen lässt. Die Suche nach Gemeinsamkeiten findet nur am Rande statt.

»Links« muss nicht gleich »links« sein: Diese Einsicht bestätigt sich beim Lesen beider Bücher. In einigen fundamentalen Fragen klaffen Welten zwischen den Ansichten der Autorin und des Autors. Besonders deutlich wird dies in der linken Gretchenfrage: Wie hältst du's mit dem Kapitalismus? Sigmar Gabriel zeigt ein allgemein optimistisches Kapitalismusverständnis, das auf der Beobachtung der Vielfalt kapitalistischer Phänomene beruht. Gabriel begreift den Kapitalismus als gestaltbar und ökonomisch produktiv, traut ihm bei richtiger politischer Rahmensetzung auch prinzipiell zu, eine gleichgewichtige Entwicklung zu gewährleisten. Zudem hält Gabriel Märkte für grundsätzlich geeignete Allokationsinstrumente, die bei angemessener Regulierung und Internalisierung externer Effekte Macht begrenzen und eine effiziente Ressourcenzuteilung ermöglichen. Zwar will er die Marktlogik in einigen Bereichen zurückdrängen, in anderen Feldern (wie etwa dem des Klimaschutzes) aber durchaus Marktmecha-

nismen ausbauen. Für die Jusos hingegen ist das kapitalistische System per se krisenhaft und seine fundamentale Wirkungsweise nicht beliebig reformierbar. Im Marktprinzip sehen sie die Konkurrenzlogik des Kapitalismus verwirklicht, die systematisch die vielfach beklagte soziale Ungleichheit und Exklusion produziert. Die Frage, ob eine linke Politik mit oder gegen den Markt erfolgen soll, wird folglich unterschiedlich beantwortet.

Jenseits der Unterschiede finden sich aber auch viele gemeinsame Vorstellungen dessen, was »links« ist. Die Gegenwartsanalyse ist in beiden Büchern ähnlich, ebenso einige der Instrumente und konkreten Reformvorschläge. Unterschiede werden aber in der Bewertung der Rolle der SPD deutlich. Während Gabriel kaum Fehlurteile der SPD benennt, und unliebsame Entwicklungen eher den Marktdynamiken zuschreibt, legen die Jusos die Finger in die Wunde der Gleichzeitigkeit von verschärfter Prekarisierung und sozialer Polarisierung einerseits und sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung andererseits. Auch in der Strategiefrage ist »links« nicht gleich »links«. Während die Jusos sich als Teil einer gesellschaftlichen Linken verstehen, die als Individuen oder in Gruppen gemeinsam an einem linken Projekt arbeiten, ist bei Sigmar Gabriels »links« exklusiv für die Sozialdemokratie reserviert. Eine Politik für die Mehrheit wird aber auch Partner brauchen.

Wer aus den beiden Büchern eine Rettungsportion »links«, ein Elixier für das Feldfläschchen der alltäglichen politischen Auseinandersetzung zu destillieren erhoffte, wird wohl enttäuscht werden – zu unterschiedlich sind die Rezepte. Wer aber Debattenanstöße und Anreize zum Weiterdenken sucht, wird an der Lektüre Freude haben. Denn eines zumindest bestätigen die Bücher: die ausgeprägte Reflexions- und Debattenkultur der politischen Linken. Denn der offene und vernünftige Verständigungsprozess darüber, was »links« denn genau bedeutet, gehört zum »Links-Sein« dazu.

Matthias Ecke,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag

ANDREAS FISCHER-LESCANO / FLORIAN RÖDL / CHRISTOPH U. SCHMID (Hrsg.):

Europäische Gesellschaftsverfassung.
Zur Konstitutionalisierung sozialer Demokratie in Europa

Baden-Baden 2009

Nomos, 408 S.

Aus politisch-normativer Sicht wird seit Jahren die »soziale Schieflage« Europas kritisiert, die auch mit dem aktuellen Verfassungsprozess noch nicht behoben ist. Die europäische Sozialdemokratie hat zu diesem Vorwurf ein ambivalentes

Verhältnis entwickelt: Einerseits erhebt sie die Forderung nach der Schaffung eines »sozialen Europas«. Andererseits stellt sie aber auch die bestehende Ordnung der EU als grundsätzlich sozialer Gestaltung offen dar und verortet die »soziale Schieflage« eher in der Dominanz neoliberaler Parteien sowie in einer neoliberalen Ausrichtung des Europäischen Gerichtshofs.

Vor diesem Hintergrund könnte das am Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP) in Bremen entstandene Buch »Europäische Gesellschaftsverfassung« einen wichtigen Beitrag für die weitere analytische und theoretische Diskussion leisten. Schon mit dem Untertitel des Buches wird das Leitmotiv der im Band versammelten 20 Beiträge deutlich: Nichts weniger als die Möglichkeiten einer »Konstitutionalisierung sozialer Demokratie in Europa« sollen untersucht werden. In ihrem Vorwort weisen die Herausgeber auf einen weiteren für sie wichtigen Punkt hin: Moderne Verfassungen seien »gesellschaftliche Verfassungen«, ihr inhärentes Ziel eine Durchdringung der gesamten gesellschaftlichen Sphäre.

Etwa die Hälfte der im Band versammelten Beiträge widmet sich daher den Bereichen des Privat-, Arbeits- und des Wirtschaftsrechts. Ausdrücklich schließen die Herausgeber dabei an die sozialdemokratische Staatstheoriediskussion der Weimarer Republik und der frühen Bundesrepublik an, ein Theoriestrang, auf den auch mehrere der Autoren in einem weiteren Abschnitt unter der Überschrift »Perspektiven einer sozialen Demokratisierung Europas« Bezug nehmen. Ein abschließender Abschnitt widmet sich – ausgehend von der These, dass ein »Zurück zum Nationalstaat« unmöglich ist – den Möglichkeiten einer »Konzeptualisierung transnationaler Gesellschaftsverfassung«.

Die Schieflage der EU in Sachen Arbeits- und Sozialverfassung ist oft diskutiert worden. Die im Band versammelten Beiträge versuchen, diese auf den einzelnen Themenfeldern nachzuvollziehen, suchen vor allem aber nach Gründen für diese Entwicklung. Mit dem allgemeinen Privatrecht wird dabei auch eine Rechtsmaterie in den Blick genommen, die bislang wenig in den Fokus kritischer öffentlicher Betrachtung geraten ist. Bewusst distanzieren sich die Autorinnen und Autoren dabei von der »Neutralitätsillusion der Rechtswissenschaft«, wie Brigitta Lurger in ihrem Beitrag schreibt.

Breiten Raum nehmen auch die Diskussionen über den europäischen Sozialstaat und die Arbeitsverfassung ein. So kommt Florian Rödl in einem sehr lesenswerten Beitrag zum ernüchternden Fazit, letztlich habe sich die Diskussion um ein »soziales Europa« als »endlose Sackgasse« erwiesen, während das Modell einer Europäischen Sozialunion eher kontrafaktisch herbeiredet worden sei.

Christoph U. Schmid wendet sich in seinem Beitrag dem »judiziellen Expansionismus« des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in den letzten Jahren zu. Detailliert untersucht Schmid die Argumentationsketten des EuGH, die nach seiner Analyse keinesfalls auf die dogmatisch zwingende Schlussfolgerung hinauslaufen, dergemäß ein Vorrang der Grundfreiheiten vor den Europäischen Grund-

rechten bestehe. Gerade in der unaufgeregten Sezierung juristischer Argumentationen und deren Prüfung auf ihre praktischen Auswirkungen liegt ein Reiz auch weiterer Beiträge des Bandes.

Mit dem Begriff »soziale Demokratie« wird in verschiedenen Beiträgen explizit an die vor allem von Hermann Heller und Wolfgang Abendroth geprägte sozialdemokratische Staatstheorie der Weimarer Republik und der frühen Bundesrepublik angeknüpft. In diesem Sinne bleiben nach der Interpretation Hans-Jürgen Bielings in einer durch antagonistische Interessen geprägten Gesellschaft demokratische Verkehrformen in zweifacher Hinsicht fragil: Zum einen könnten scharfe gesellschaftliche Spaltungs- und Konfliktlinien die politische Stabilität beeinträchtigen, zum anderen würden die Verfahren der demokratischen Repräsentation vielfach nicht hinreichend genutzt und liefen damit ins Leere. Deshalb sei eine Ergänzung des formalen Rechtsstaats durch arbeitsrechtliche, wirtschaftsdemokratische und sozialstaatliche Institutionen vorzunehmen.

»Soziale Demokratie« ist hier also nicht parteipolitisch zu verstehen, aber für die weitere Diskussion sehr spannend. Die »soziale Schieflage« der europäischen Einigung ist oft thematisiert worden. Die Kritik daran wird meist nur als politische Forderung formuliert und findet nicht ihren Weg auch in eine sozial- oder rechtswissenschaftliche Theorie. Im Gegenteil: Gerade im Bereich der rechtswissenschaftlichen Europadiskussion zeichnen sich die Beiträge seit vielen Jahren durch das nahezu vollständige Fehlen eines Einbezugs der sozialen Voraussetzungen und Konsequenzen von juristischen Normen und Entscheidungen aus.

An die sozialen Voraussetzungen juristischer Entscheidungen anzuknüpfen, könnte sich auch als Weg für eine selbstbewusste europäische Rechtspolitik der Sozialdemokratie (hier als Partei angesprochen) erweisen: Es müsste dann darum gehen, Rechtspolitik als Politik zur Gestaltung der gesamten Gesellschaft, letztlich als Ermöglichung und Erweiterung von Demokratie zu begreifen – wie es beispielsweise Oliver Eberl mit dem Plädoyer, Demokratie und Sozialstaat als untrennbar für die Entwicklung von sozialer Demokratie zu begreifen, tut.

Mit den Versuchen einer »Konzeptualisierung transnationaler Gesellschaftsverfassung« wird der Band um eine weitere grundsätzliche rechtstheoretische Perspektive erweitert. In ihrem Beitrag gehen Andreas Fischer-Lescano und Kolja Möller davon aus, dass Differenz und nicht Einheit zentrales Merkmal moderner Gesellschaften ist. Im Rahmen eines »konstitutionellen Pluralismus« komme es dann auf eine Entscheidung zwischen »technokratischem« und »sozietalem Kollisionsmanagement« an. Rechtskollisionen sollten im Sinne des »sozietalen Kollisionsmanagement« gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen überlassen werden, und nicht »technokratisch« durch die Konstruktion von Normenhierarchien auf gerichtlichem Wege entschieden werden.

Gerade der im Buch hergestellte Anschluss an die Diskussionsstränge nach Abendroth und Heller ist spannend. Ihn gilt es mit den Debatten über kon-

stitutionellen Pluralismus zu verbinden. Die Herstellung von gesellschaftlicher Einheit war schon bei Heller und Abendroth ein komplexes Problem. Wie die im Band versammelten Beiträge zeigen, hat der Grad der Komplexität durch Europäisierung und Internationalisierung weiter zugenommen. Die im Buch vorgestellten Ansätze bieten dabei intelligente Denkanstöße, wie eben nicht der simple (Zu-Kurz-)Schluss eines »Zurück zum Nationalstaat« getroffen werden kann, sondern wie die Realität einer auf verschiedenen Ebenen rechtlich integrierten Gesellschaft theoretisch erfasst und vor allem für eine soziale Gestaltung geöffnet werden kann. Insgesamt bietet der Sammelband daher kritische Wissenschaft im besten Sinne.

Thilo Scholle,
Ass. iur., Lünen